# Deutscher Bundestag 7. Wahlperiode

Drucksache 7/5385

14.06.76

Sachgebiet 223

# **Antrag**

des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

zu dem Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht

- Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG)
- Drucksachen 7/4245, 7/4965, 7/5325 -

Berichterstatter im Bundestag: Abgeordneter Dr. Schäfer

(Tübingen)

Berichterstatter im Bundesrat: Minister Dr. Schwarz

# Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 238. Sitzung am 6. Mai 1976 beschlossene Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht — Fernunterrichtsschutzgesetz — (FernUSG) — Drucksachen 7/4245, 7/4965 — wird nach Maßgabe der in der Anlage zusammengefaßten Beschlüsse geändert.

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung hat der Vermittlungsausschuß beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist.

Bonn, den 10. Juni 1976

## Der Vermittlungsausschuß

Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller

Dr. Schäfer (Tübingen)

Dr. Schwarz

Vorsitzender

Berichterstatter

#### Anlage

# Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht – Fernunterrichtsschutzgesetz – (FernUSG)

### 1. Zu § 12

In § 12

- a) wird Absatz 2 Nr. 1 wie folgt gefaßt:
  - "1. der Fernlehrgang nicht zur Erreichung des vom Veranstalter angegebenen Lehrgangsziels geeignet ist oder",
- b) werden in Absatz 2 die Sätze 2 und 3 durch folgenden Satz ersetzt:
  - "Das Landesrecht kann weitere Versagungsgründe vorsehen und die näheren Einzelhei-

ten über Inhalt und Umfang der Versagungsgründe nach Satz 1 bestimmen.",

c) werden in Absatz 3 Nr. 2 die Worte "und Satz 3" durch die Worte ", nach Landesrecht (Absatz 2 Satz 2)" ersetzt.

## 2. Zu § 14

In § 14 werden in Absatz 1 und in Absatz 2 Satz 1 die Worte "Satz 3" jeweils durch die Worte "Satz 2" ersetzt.